

Deutschlandweit geht es laut DWD nach oben mit den Julitemperaturen.

geschrieben von Chris Frey | 19. August 2025

Wurde der Juli tatsächlich wärmer seit 1991?

Von **Matthias Baritz** und **Josef Kowatsch**

Anlass unseres Artikels ist folgender [Kommentar](#) in unserem letzten Juliartikel.

Ein Leser schrieb uns völlig kommentarlos: 30-jähriger Mittelwert [$^{\circ}\text{C}$] in Deutschland im Juli 1991-2020 18,3 $^{\circ}\text{C}$, Juli 1981-2010 18,0 $^{\circ}\text{C}$, Juli 1971-2000 17,4 $^{\circ}\text{C}$, Juli 1961-1990 16,9 $^{\circ}\text{C}$ und Juli 1881-1910 16,8 $^{\circ}\text{C}$. Aktueller Wert [$^{\circ}\text{C}$] 2025 18,4, ein Zehntel über der jüngsten Vergleichsperiode 1991-2020.

Betrachtet man die Werte auf zwei Nachkommastellen, so ist die Abweichung verschwindend gering bei 0,02 Grad. (Juli 25: 18,35 $^{\circ}\text{C}$, Vergleichsperiode 1991-2020: 18,33 $^{\circ}\text{C}$; [Quelle](#)).

Damit bestätigte er zunächst unsere Aussagen der beiden Juliartikel, deren Grafiken wir auf Basis der Original DWD-Temperaturdaten gezeichnet haben; das steht ja auch in der Grafik: Der Juli wurde laut DWD-Temperaturdaten seit 1991 wärmer

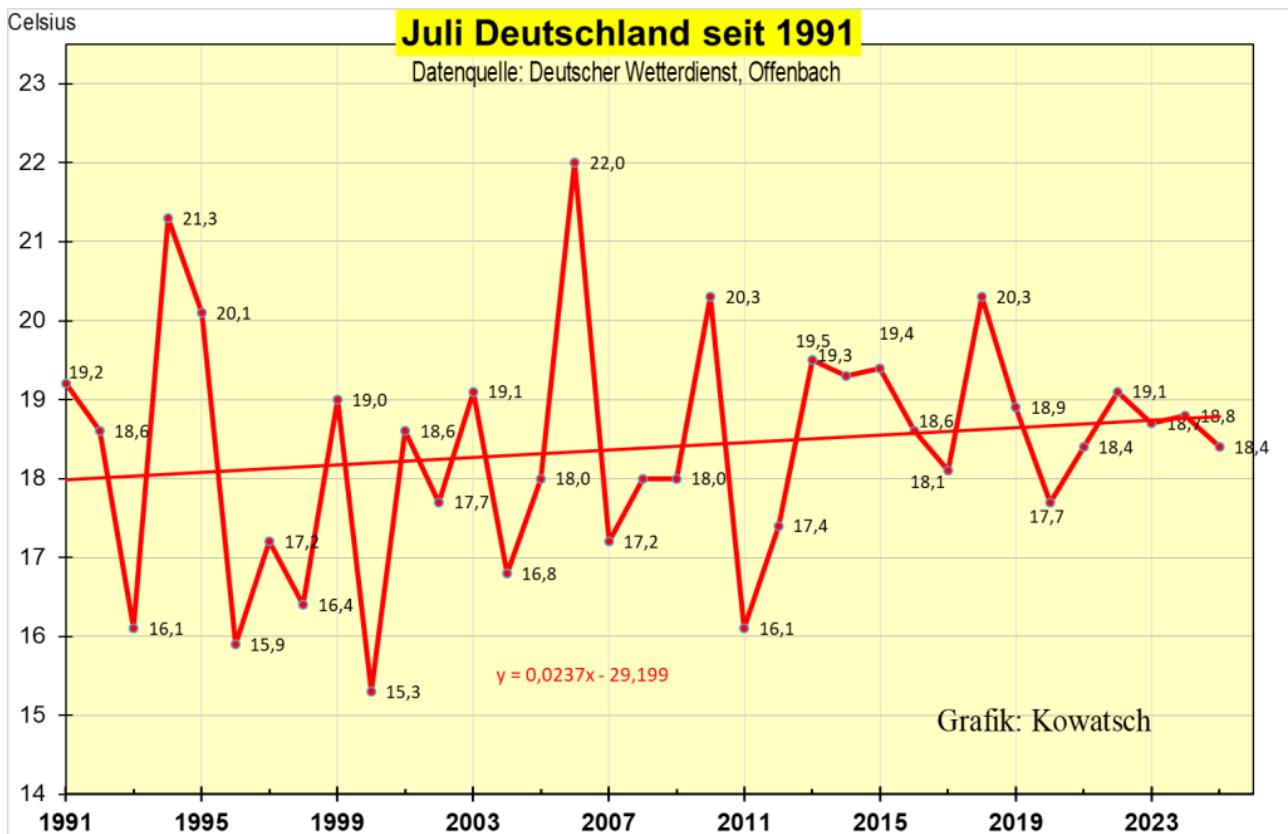


Abb. 1: Laut DWD-Daten wurde der Juli seit 1991 deutlich wärmer.

Im Gegensatz zu unserem CO₂-erwärmungsgläubigen Leser, dem allein die obigen Erwärmungsdaten der unumstößliche Beweis seines CO₂-Glaubens sind, erklären wir die „angeblichen“ vom DWD festgestellten Julierwärmungen ganz anders.

Ein wesentlicher Grund der starken Erwärmung sind auch die vielen Zehntel, mit welcher der DWD durch allerlei Mauscheleien wie Stationsversetzungen zur ganztägigen Sonnenstundenerfassung, Stationsausdünnungen, Messmethodenänderungen, die Erwärmungssteiglinie des Monats Juli seit 1991 verstärkt.

Herr Leistenschneider hat die vielen Gründe der menschenverursachten Zusatzerwärmung ausführlich in seinem Dreiteiler beschrieben: [Teil 1](#), [Teil 2](#), [Teil 3](#).

Nicht erwähnt wurde im Dreiteiler, dass der DWD nicht die gemessenen Daten einer Station veröffentlicht, sondern bei jeder seiner Stationen die bearbeiteten Temperaturdaten. Was gemessen und wie umgerechnet = homogenisiert wurde, wird nicht veröffentlicht.

Unter diesen DWD-Messstationen gibt es nun aber einige, die eine noch stärkere Erwärmung zeigen und natürlich solche, die sich weniger stark erwärmt haben. Wir orientieren uns an der Steigungsformel mit $y = 0,0237x$

Wärmeinselstarke Stationen (für uns) sind solche, deren Steigungsline

über dem DWD-Gesamtschnitt seit 1991 liegen, z.B. Hof, einst hieß die Station Hof-Land, weil sie außerhalb der Stadt ist. Hof gehört noch zu Bayern, liegt an der Grenze zu Sachsen. Wegen „ländlich“ könnte man eigentlich bei Hof voreilig auf WI-schwach tippen. Das Gegenteil ist der Fall.

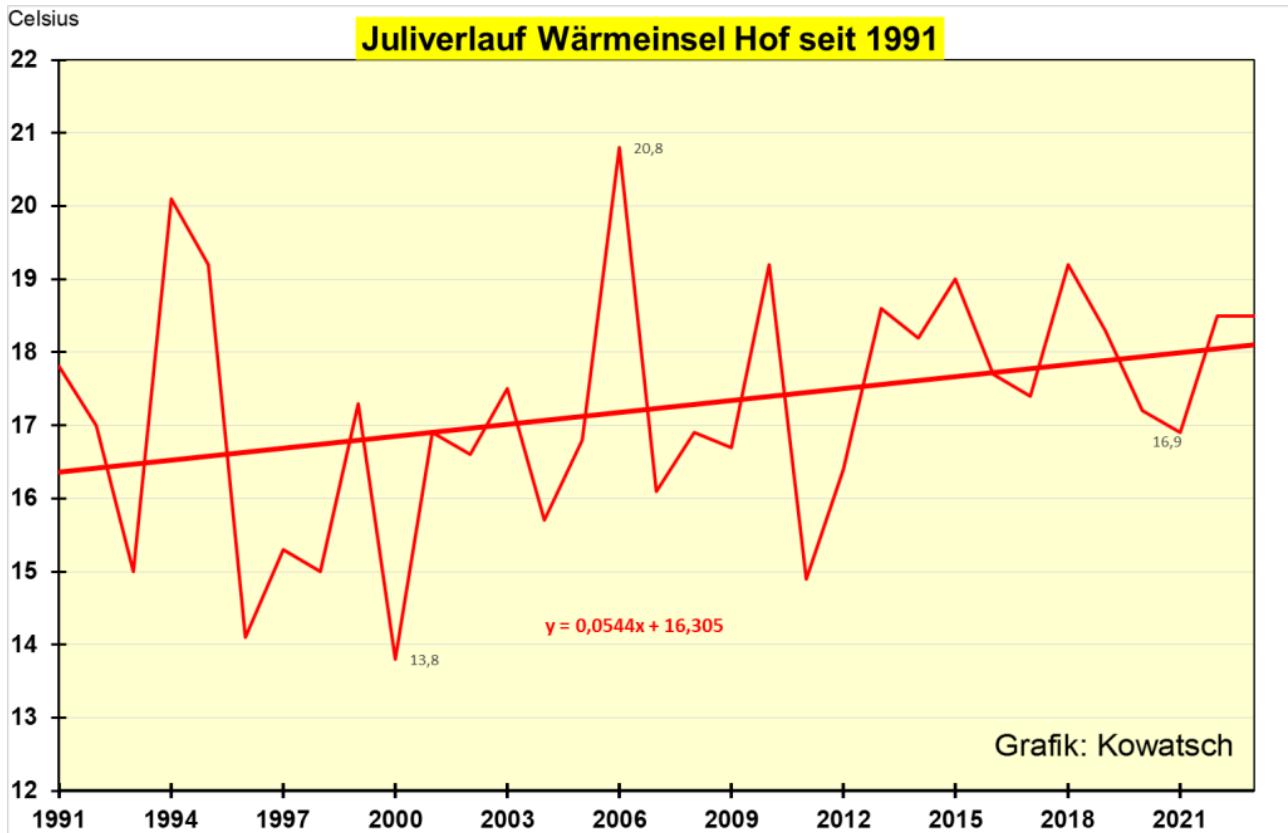


Abb. 2: Die DWD Wetterstation Hof erwärmt sich doppelt so stark wie der DWD-Schnitt

Deutschland trocknet aus, obwohl die Niederschläge sich über Jahrzehnte nur unwe sentlich ändern. Mit ein Grund könnte deshalb auch die große Menge an Entwässerungsgräben sein. Das Regenwasser bleibt nicht dort, wo es herunterkommt, sondern es wird sofort in Bäche und Flüsse abgeleitet und fehlt somit zur Verdunstungskühle. Eine [Analyse](#) aus Brandenburg hat ergeben, dass sich dort ca. 24.000 km Entwässerungsgräben befinden. Aus dem Video bei Min. 5:50: „Derzeit untersuchen wir, wo die Niederschläge bleiben. Denn selbst wenn es mehr als sonst regnet, ist die Landschaft knochentrocken. Es kommt fast nichts im Grundwasser an. Die einzige logische Erklärung: Das Wasser läuft durch das 24000 Kilometer lange System der Entwässerungsgräben ab.“

Daher ist auch zu erklären, dass scheinbar ländliche Stationen eine deutlich größere Steigung der Temperaturtrendlinie, 1991-2025, als Gesamt Deutschland ($m= 0,0237$, s. Abb. 1) haben: Klippeneck $m=0,0522$, Martinroda $m=0,0559$, Freudenstadt $m=0,0519$, Stötten $m=0,0529$ oder Hohenpeißenberg $m=0,0527$. Und somit zählen sie bei uns zu den

wärmeinselstarken DWD Stationen.

Wärmeinselschwache Stationen

Nicht weit davon entfernt ist in Sachsen die private Wetterstation Amtsberg im ländlichen Dittersdorf. Also auch eine ländliche Station wie Hof. Der Juliverlauf ist ganz anders

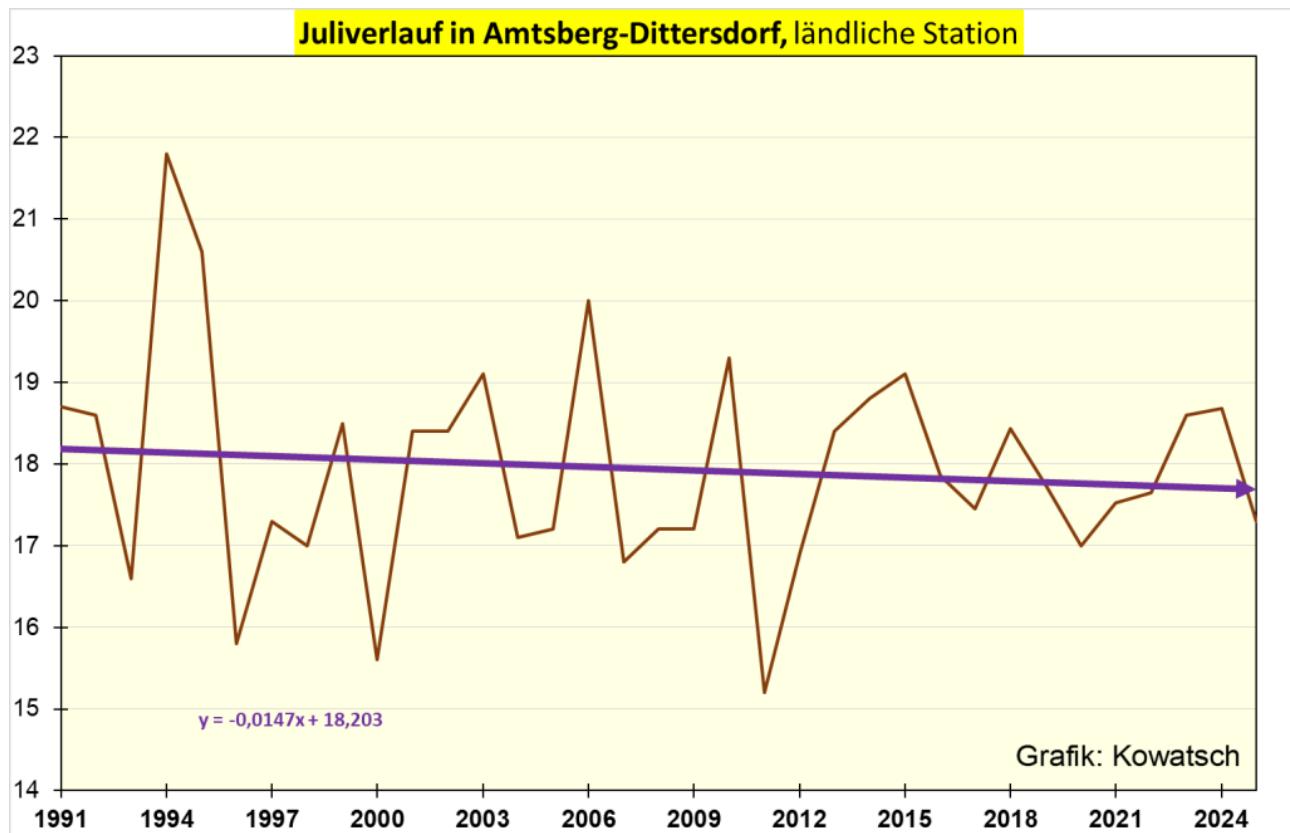


Abb. 3: Die Privatstation Amtsberg registriert eine leichte Juliabkühlung seit 1991

Erklärung: Im Gegensatz zu allen DWD Wetterstationen steht die Privatstation Amtsberg unverändert seit 1982 am selben Platz im Vorgarten des Stationsleiters, der kleine Weiler Dittersdorf blieb bei der Bebauung, Dorfversiegelungsmaßnahmen etwa gleich. Damit hat sich an den Standortbedingungen fast gar nichts geändert seit 1982. Einzige Änderung bei der Messmethode war der Austausch der herkömmlichen analogen Erfassung durch Digitale im Jahre 2005, in der Wetterhütte. Aber genau dieselben Messgeräte wie auch der DWD verwendet.

Der große Unterschied zwischen Hof und Amtsberg ist somit die Änderung der Standortumgebung. Hof wurde in ein Gewerbegebiet mit vierspuriger Bundesstraße (Autobahnzubringer) direkt an der Messstation vorbei, eingemauert und ist nun ganztägig sonnenbeschienen. Ganztägig sonnenbeschienen. Diese Bedingung erfüllt Amtsberg nicht, aber hat sie auch vor 2005 nicht erfüllt. Fast alles blieb gleich. Deswegen sind die

Messdaten von Amtsberg viel besser mit sich selbst vergleichbar und da kommt nun mal eine leichte Juliabkühlung seit 1991 im Raum Amtsberg/Sachsen heraus.

Ungefähr Abschätzung der beim DWD menschengemachten Zusatzerwärmung seit 1991

Wir vergleichen das Jahr 2025 mit den Referenzperioden

Bei DWD-Deutschland lag der Juli mit 18,4°C ein Zehntel über der Vergleichsperiode 1991 bis 2000. Bei Amtsberg hingegen lag der Juli 2025 mit 17,3°C um sechs Zehntel unter der eigenen Vergleichsperiode 1991 bis 2020.

Das ergibt eine „menschenverursachte Zusatzerwärmung“ bei den DWD-Stationen von 0,7 Grad seit 1991 gegenüber Amtsberg

Damit wollen wir nicht sagen,

1. Dass der Juli überall in Deutschland seit 1991 leicht kälter wurde.
Das „Leicht kälter“ mag für Amtsberg am Fuße des Erzgebirges gelten.
2. Dass der DWD durch die vielen Mauscheleien, wie sie von Herrn Leistenschneider beschrieben wurden, den Juli um 0,7 Grad seit 1991 wärmer gemacht hat.

Wir wollten aber zeigen, dass neben der natürlichen Sommererwärmung Mitteleuropas seit 1987/88, die haben wir in unserem [Juliartikel Teil 1](#) beschrieben, ein erheblicher Teil an menschengemachter Zusatz-Temperaturmauscheleien dazukam.

Wurde der Juli seit 1991 tatsächlich wärmer in Deutschland? fragten wir in der Überschrift. Die Beurteilung überlassen wir nach Darstellung der Fakten dem Leser.

Merke: Die Erde steht nicht vor dem Hitzekollaps. Klima killende Treibhausgase, Kippunkte und dergleichen Blödsinn sind Erfindungen, um uns zu ängstigen. Es handelt sich um ein durchtriebenes auf Lügen aufgebautes Geschäftsmodell, das nur unser Geld will. Und wer in den Kommentaren dieses Geschäftsmodell des CO₂-Hitzetodes der Erde verteidigt, verdient meist an der Geldumverteilung mit, so wie unser Kommentarschreiber, siehe Anfang.

Wir müssen als aktive Naturschützer und Demokraten die unnützen teuren Maßnahmen der Regierung zur angeblichen Klimarettung zurückweisen und deutlich Stellung beziehen. Das Klima ist überhaupt nicht aus den Fugen geraten, das Klima ist so normal wie immer.

Macht mit bei der Aktion: „Stoppt die CO₂-Erwärmungslüge“!

Matthias Baritz, Naturschützer und Naturwissenschaftler, Josef Kowatsch, Naturbeobachter, Naturschützer und unabhängiger, weil unbezahlter

Klimaforscher.

Die CO₂-Wende der USA von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 19. August 2025

Die Medien berichten vom drittwärmsten Juli aller Zeiten, doch die obenstehende Grafik zeigt: die globale Mitteltemperatur sinkt in diesem Jahr rapide. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der Satellitenmessungen beträgt nun 0,36 Grad Celsius.

Die fundamentalen Unterschiede der CO₂-Politik in den USA und in Deutschland

In den USA war seit dem Amtsantritt Obamas 2009 klar, dass die CO₂-Emissionen aus Klimaschutzgründen gesenkt werden sollen, aber es gab nie eine Mehrheit im Senat und Kongress für eine entsprechendes Gesetz. Denn selbst demokratische Senatoren aus den Staaten der Kohle- und Automobilindustrie (wie Senator Joe Manchin aus dem Kohlestaat West Virginia) verweigerten die Zustimmung zu solchen Eingriffen. So ersann Obamas Administration einen Trick: die US-amerikanische Umweltbehörde EPA ergänzte die Liste der zu regulierenden Schadstoffe im Luftreinhaltegesetz (Clean Air Act) um CO₂, wohl wissend, dass CO₂ nicht gesundheitsgefährlich ist, sondern im Gegenteil unverzichtbare Grundlage des Lebens auf der Erde ist. Die Umweltbehörde EPA erklärte CO₂ zum Schadstoff (!) durch ein „endangering finding“ (gefährdender Befund), indem sie konstruierte: CO₂ erwärmt die Erde und gefährdet dadurch die Gesundheit der Amerikaner. Auf dieser Grundlage wurden zahlreiche Regelungen der Behörde zur CO₂-Emissionsminderung bei Kraftfahrzeugen, Lastkraftwagen, Kohlekraftwerken und Industrieanlagen erlassen.

Am Tag 1 der Präsidentschaft am 22. Januar 2025 hat Präsident Trump nicht nur den Austritt aus dem Pariser Abkommen erklärt, sondern auch die Umweltbehörde EPA beauftragt, das „endangering finding“ zu überprüfen. Am 12. März hat der neue EPA Chef Lee Zeldin angekündigt, dass das „endangering finding“ aufgehoben werden soll, weil die Erklärung des CO₂ zum Schadstoff die amerikanischen Verbraucher seit 2009 1000 Mrd. US-Dollar gekostet habe und eine Gesundheitsgefahr durch CO₂ nicht erkennbar wäre. Die ersten Erleichterungen für die Automobilindustrie sind veröffentlicht und werden nach entsprechenden Anhörungen in Kraft gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass die neuen Regelungen vor dem Supreme Court, dem obersten Gericht der USA, landen. Dort gibt es mittlerweile eine 6:3 konservative Mehrheit, so das davon auszugehen ist, dass die neuen Regelungen Bestand haben werden.

Jetzt verstehen wir, warum Porsche eine Kehrtwende in seiner Modellpolitik beschlossen hat und wieder in Verbrennungsmotoren investiert – auch nach 2035, dem europäischen Enddatum für Verbrennungsfahrzeuge in Europa. Am 6. Juni bestätigte Porsche Planungen, die Endmontage ihrer Fahrzeuge in die USA zu verlagern. Die USA ist Porsches wichtigster Absatzmarkt.

Während die USA die Diskriminierung CO₂-haltiger Prozesse und Anlagen aufgeben, wurde in Deutschland die Nullemission von CO₂ bis 2045 verfestigt: Am 22. März wurde mit rot-grün-schwarzer Mehrheit sogar die Verfassung (Art. 143h) geändert, wonach die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen sei und 100 Mrd. € hohe Sonderschulden zur Beschleunigung des Ausstiegs aus dem CO₂ aufgenommen werden können. Eine Änderung durch das Bundesverfassungsgericht ist nicht zu erwarten, da das Bundesverfassungsgericht bereits 2021 eine höchst zweifelhafte Entscheidung (s. Vahrenholt/Lüning Unanfechtbar) getroffen hat, nach der in Deutschland die CO₂-Emissionen bis 2050 auf Null zurückzuführen sind. Schlimmer noch: Die von der SPD zu nominierenden Kandidaten für das Bundesverfassungsgericht werden vor allen Dingen danach ausgesucht, ob sie eine grüne klimaaktivistische Ausrichtung haben.

Diese einseitige klimapolitische Orientierung der SPD stößt nun auf erheblichen Widerstand in der Industriearbeiterschaft. Ostdeutsche Betriebsräte haben am 3. Juli einen Brandbrief an die Bundesregierung geschickt, der das Scheitern der deutschen Energiepolitik kaum besser beschreiben kann.

*„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
wir befinden uns in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Allein im letzten Jahr wurden mindestens 100.000 Industriearbeitsplätze ersatzlos abgebaut. Die politischen Versprechungen der letzten Bundesregierung eines „grünen Wirtschaftswunders“ sind nur Schall und Rauch. Realität ist, dass noch nie so viele gute Arbeitsplätze bedroht waren wie heute.*

Allein in Deutschland arbeiten weit mehr als eine Million Menschen in energieintensiven Industrien – die meisten von ihnen in den Branchen der IGBCE und der IG Metall. Vor allem die deutsche Energiepolitik hat sich zu einem der gefährlichsten Standort- und Wirtschaftsrisiken entwickelt. Wenn die Energiewende eine Operation am offenen Herzen unserer Volkswirtschaft ist, wie manchmal gesagt wird, dann ist diese Operation bislang gründlich misslungen. Wir müssen feststellen: Der Patient droht, auf dem OP-Tisch zu sterben...

Der Doppelausstieg aus Kernenergie und Kohle hat Deutschland abhängig gemacht von unzuverlässigem PV- und Windstrom und teuren Gasimporten. Die Zeche zahlen wir mit den europaweit höchsten Strompreisen. Noch nie war unsere Stromversorgung so teuer und unsicher. Diese hohen Strompreise sind nicht nur sozial ungerecht, sie bedrohen inzwischen auch unsere Wirtschaft – und damit unseren Wohlstand und unseren gesellschaftlichen Frieden.“

Die SPD zeigte keine Reaktion. Was ist das für eine SPD-Führung, die ein solcher Appell ostdeutscher Betriebsräte kalt lässt?

Während in den USA die CO₂-Regulierungen aufgehoben werden, geht Deutschland weiterhin den entgegengesetzten Weg. Die Merz-Koalition hat bekräftigt, am Ziel der Klimaneutralität bis 2045 festzuhalten, die von der Merkel-Regierung 2021 eingeführt und der Ampel-Regierung fortgeführt wurde. Während der amerikanische Präsident das Ziel der Vervierfachung der Kernenergieerzeugung in 25 Jahren ausgegeben hat, und wieder verstärkte Nutzung von Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken ermöglicht, um den ungeheuer stark wachsenden Strombedarf der Industrie und der Datenzentren zu befriedigen, hat es die SPD geschafft, dass das Wort Kernenergie in der Koalitionsvereinbarung nicht einmal mehr erwähnt wird: Keine Forschung, keine Reaktivierung bestehender Kernkraftwerke, keine neue Kerntechnik in Deutschland. Dagegen soll nach dem Willen von CDU und SPD der Endenergieverbrauch bis 2045 um 45% sinken. Das bedeutet massive Deindustrialisierung und dramatischer Wohlstandsverlust. Deutscher Politik fehlt das Verständnis der Bedeutung von Energie für das Wirtschaftswachstum und für das Leben der Menschen. Der amerikanische Energieminister Chris Wright spricht aus, was deutsche Politik noch lernen muss:

„Energie ist der Motor für alles, was wir tun. Für alles. Energie ist nicht nur ein Wirtschaftssektor, sondern sie ermöglicht alle anderen Sektoren. Energie ist Leben.“

Der CO₂-Emissionshandel führt zur Deindustrialisierung

In den USA gibt es keine Belastung der CO₂-Emissionen durch Emissionszertifikate, sieht man von vereinzelten Länderregelungen in Kalifornien und Oregon ab. Das führt in den USA zu Industriestrompreisen von 3-4 €ct/kwh. In Europa wird jede Tonne CO₂, die von Kraftwerken, Industriebetrieben, Flugverkehr, Schiffsverkehr oder privaten Haushalten emittiert wird, mit den Kosten eines CO₂-Emissionszertifikates belastet. Für die Industrie sind das zur Zeit etwa 70-80 €/t CO₂, für Haushalte 55 €/t CO₂. Das Geld, das den Bürgern und der Industrie abgezwackt wird, landet im Klima-Transformationsfonds. Aus diesem Fonds wird zur Zeit mit 20 Milliarden € die Solar- und Windenergie finanziert, wenn die Börsenstrompreise unter die feste Einspeisevergütung fallen – im Sommer fast jeden Tag zur Mittagszeit. Diese Überproduktion von Strom, den niemand gebrauchen kann, wird auf diese Weise mit Milliarden subventioniert, auch dann, wenn er ins Ausland verschenkt wird.

Der europäische Zertifikatehandel mit CO₂, den es weder in den USA noch in China gibt, verteuert unseren Strom massiv. Denn nach dem Ausstieg aus der Kernenergie müssen vermehrt Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke einspringen, etwa nachts, wenn keine Sonne scheint oder an 120 Tagen, an denen es kaum Wind gibt. In der nächsten Grafik sehen wir die fatale Auswirkung der CO₂-Zertifikate auf die Erzeugungskosten von Kohle- und Gasstrom.

Allein durch den europäischen Zertifikatehandel haben sich die Strompreise für konventionelle Kraftwerke verdoppelt bis verdreifacht.



Damit sind die CO₂-Zertifikate die wesentliche Ursache der zwei- bis dreifach so hohen Industriestrompreise Deutschlands gegenüber den USA. Hinzu kommen noch die Netzkosten auf Grund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien von einigen hundert Milliarden €.

Die Auswirkungen der gestiegenen Industriestrompreise für die Unternehmen zeigt folgendes Beispiel. Nehmen wir ein Produkt der Grundstoffindustrie mit einem Energiekostenanteil von 10%. Da die Energiekosten (auch Gas ist in den USA deutlich günstiger) im Vergleich zu einer Produktion in den USA dreimal so hoch sind, ist das Produkt aus Deutschland um 20 % teurer (30-10%). Wie lange kann das Unternehmen diese Zusatzbelastung tragen? Nicht sehr lange, wie wir am Rückgang der energieintensiven Produktion in Deutschland seit 2021 sehen.



Quelle : destatis

Die Schere zwischen wettbewerbsfähigen Strom- und Gaspreisen in den USA und Deutschland wird weiter aufgehen. Es bedarf wenig Phantasie, um zu erkennen, dass die USA vor einer Reindustrialisierung stehen, und

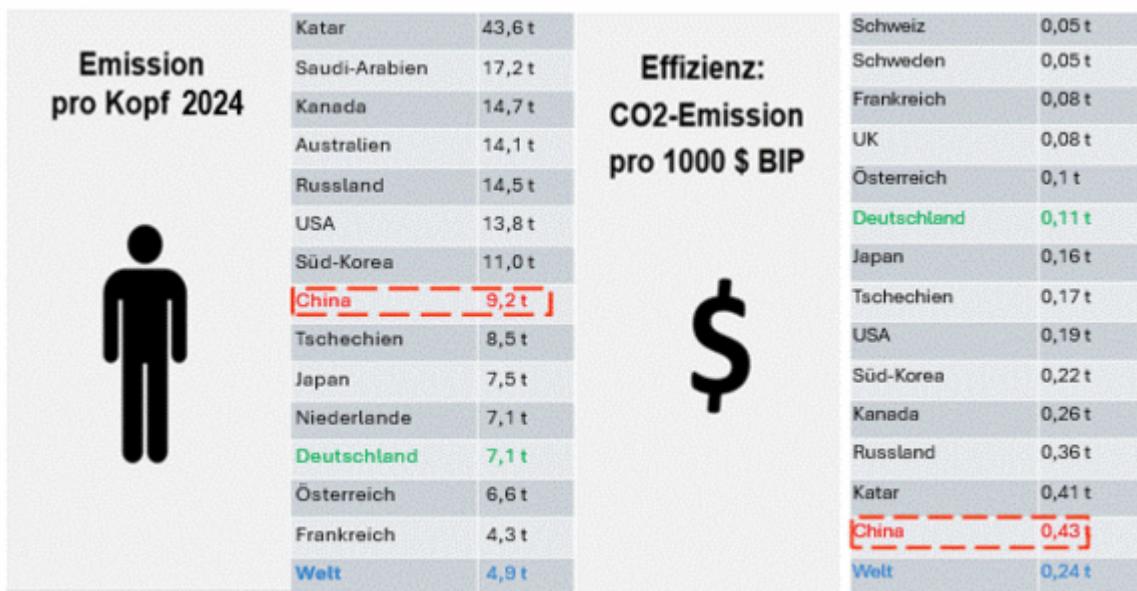
Deutschland in Anbetracht einer unbeirrten Klimapolitik einen Absturz seiner Industrie zu erwarten hat. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD fördert das Sterben der deutschen Industrie weiterhin.

Denn es wirkt ja nicht nur der CO₂-Zertifikatehandel auf Industrie und Gesellschaft. Rot-Grün-Schwarze Planwirtschaft hat ja neben dem Zertifikatehandel noch eine Fülle von Einzelvorschriften entwickelt. Da wird der CO₂-Flottengrenzwert bei Autos geregelt, völlig unnötige Subventionen an Erneuerbare Energien im Milliardenmaßstab ausgeschüttet (die Sonne schickt ja keine Rechnung) oder Solardachpflicht oder Wärmepumpenpflicht vorgeschrieben. Prof. Manuel Frondel hat dankenswerter nachgerechnet, was uns diese planwirtschaftlichen Einzelregelungen kosten: Der CO₂ Emissionsstandard bei Neufahrzeugen kostet 950 €/t CO₂, EEG-Förderung 150 €/t CO₂, Kohleausstieg 464 €/t CO₂, also ein Vielfaches des europäischen Zertifikatepreis von etwa 70-80 €/tCO₂.

Was die Bürger nicht wissen, ist, dass diese Zusatzkosten im Stromsektor, die sich Deutschland stolz selbst aufbürdet, keine einzige Tonne CO₂ auf EU-Ebene mindert. Dadurch, dass Deutschland mehr CO₂ einspart, als auf Grund der europäischen Zertifikateregelung nötig wäre, werden Zertifikate freigesetzt, die von anderen Unternehmen in Europa genutzt werden, um mehr CO₂ ausstoßen zu können. Damit haben wir in Deutschland überflüssige Ausgaben in Milliardenhöhe mit einem CO₂-Effekt von Null.

Nach der CO₂-Wende in den USA ist das Pariser Abkommen Makulatur

Die USA emittieren etwa 13% der CO₂-Emissionen weltweit. Mit dem Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen stellt sich die Frage, wer noch für die Einhaltung des Pariser Abkommens übrigbleibt. Das Abkommen stellt die Entwicklungsländer frei von jeglicher CO₂-Minderung. China, die neue wirtschaftliche Supermacht, gilt nach den Regeln der UNO als Entwicklungsland. Russland macht nicht mit, die USA und Argentinien auch nicht mehr. Nur die Industrieländer EU, Kanada, Südkorea, Australien, Japan, Neuseeland und England haben sich zur Reduktion der CO₂-Emissionen verpflichtet. Die EU macht 6,4 % der weltweiten CO₂-Emissionen aus, die restlichen Industriestaaten kommen auf 7,1 % der CO₂-Emissionen. 86,5 % der weltweiten CO₂-Emissionen können also nach dem Pariser Abkommen unverändert bleiben oder wie im Falle von China und Indien ungestört weiter wachsen. Deutschland will bis 2045 500 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Das entspricht dem **Zuwachs der CO₂-Emissionen in Indien und China in zwei Jahren**. Auf dem deutschen Wege zur CO₂-Nullemission in 2045 verlässt jegliche Produktion Deutschland. Wächst Sie in den USA oder in China auf, erhöht sie dort die CO₂-Emissionen auf das 2-fache (USA) oder 4-fache (China), wie die nächste Grafik zeigt.



Die deutsche Politik folgt einer selektiven Klimawissenschaft

Deutschland und Europa folgt der von der UNO orchestrierten Klimawissenschaft, in der Kritiker mit abweichenden Erkenntnissen über die Bedeutung des CO₂ für die Klimaveränderung ausgesegnet werden. Die USA lassen nun erstmals Wissenschaftler zu Wort kommen, die der UNO-Klimawissenschaft kritisch gegenüberstehen. Es ist das Verdienst von Donald Trump und seines Energieministers, unterdrückte Positionen von Wissenschaftlern Raum zu geben. Schon in seiner ersten Amtszeit wollte Trump Kritiker und Alarmisten zu einem Disput bewegen: Ein RED-Team der Kritiker sollte mit einem BLUE-Team der Alarmisten diskutieren. Die alarmistische UNO-Mainstream-Wissenschaft lehnte ab: Mit Dissidenten diskutiert man nicht. Im März 2025 beauftragte der US-Energieminister Chris Wright eine unabhängige Expertenkommission mit einer kritischen Bewertung der aktuellen Klimawissenschaft. Die von der UNO ausgesegneten Wissenschaftler Prof. Judith Curry, Prof. Ross McKittrick, Prof. John Christy, Dr. Steven Koonin, Dr. Roy Spencer lieferten diesen Bericht Ende Juli.

Der Bericht ist lesenswert und wird weitreichende Folgen für die Klimapolitik weltweit haben. Natürlich bestätigen die Wissenschaftler eine Erwärmung der letzten 150 Jahre. Natürlich attestieren die Wissenschaftler dem CO₂ eine gewisse Erwärmungswirkung. Allerdings zeigen Sie auch, dass die Modelle, die alleine im CO₂ die Ursache für die Erwärmung der letzten 150 Jahre sehen, ungeeignet sind, da sie die Ursachen der Temperaturentwicklung der letzten 25 Jahre nicht vernünftig wiedergeben. Denn die Erwärmung der letzten 25 Jahre ist im wesentlichen durch eine verstärkte direkte Sonneneinstrahlung durch die Wolken bedingt und weniger durch den Treibhauseffekt des CO₂. (S.91) Vor allen Dingen weisen die Wissenschaftler auf die positiven Wirkungen des CO₂ hin, das zu einer grüner werdenden Erde geführt hat mit deutlich positiven Folgen für die Ernährungslage der Welt. Und zudem räumen Sie mit den immer wiederkehrenden Narrativen der angeblichen Zunahme von Dürren, Starkregenereignissen, Orkanen, Tornados, Waldbränden etc auf. Entgegen der meisten Medienberichte zeigen ihre Daten keinen Anstieg der

Extremereignisse. Der Bericht ist im Netz verfügbar. Der amerikanische Energieminister hat die Wissenschaft zur Stellungnahme aufgefordert. Eine deutsche Übersetzung der Zusammenfassung gibt es hier. Jeder, der sieht, wie Deutschland durch die grün-rot-schwarze Klimapolitik abstürzt, und dies ändern will, muss diesen Report gelesen haben. Nach dem Lesen der 150 Seiten geht es Ihnen besser und Sie sind ausgezeichnet gewappnet gegen Halbwahrheiten, Skandalierungen und Angstmache, wie sie jeden Tag von ZDF, ARD, Spiegel, FAZ, Süddeutsche und dpa verbreitet werden.

Kurzbeiträge zu neuen Forschungs- Ergebnissen aus Klima und Energie – Ausgabe 29 / 2025

geschrieben von Chris Frey | 19. August 2025

Meldungen vom 13. August 2025:

Flächenbrände: sinkender Trend

Waldbrände sind eindeutig das vereinbarte „Klima-Schreckgespenst“ der Woche:

Top news



 The Independent

All the areas where wildfires have broken out in Europe's record-breaking heatwave

16 hours ago

 The Guardian

Weather tracker: Europe braces for another heatwave with highs of 44C

1 day ago

 Sky News

Thousands evacuated as deadly wildfires sweep Europe



15 hours ago

 BBC

Wildfires rage across southern Europe as temperatures pass 40C



6 hours ago

 Al Jazeera

Wildfires blaze through parts of Europe as heatwave hits



1 day ago

Mein persönlicher Favorit:

 CNN Climate Solutions Weather

 Watch  Listen  Live TV

CLIMATE • 3 MIN READ

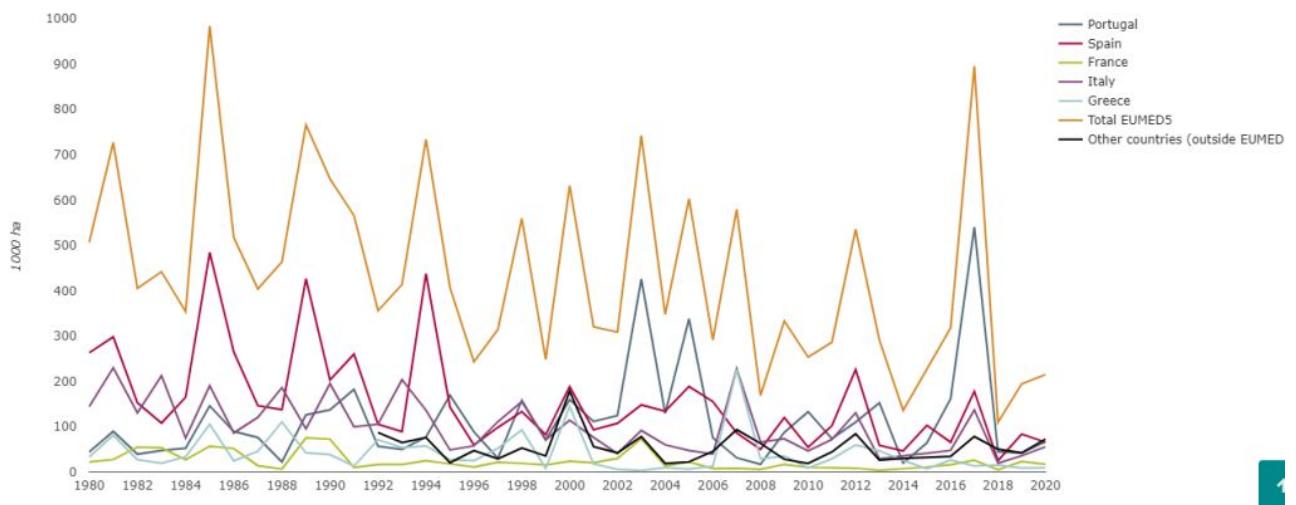
‘We’re being cooked alive:’ Europe burns as temperatures soar above 100 degrees

13 HR AGO ▾

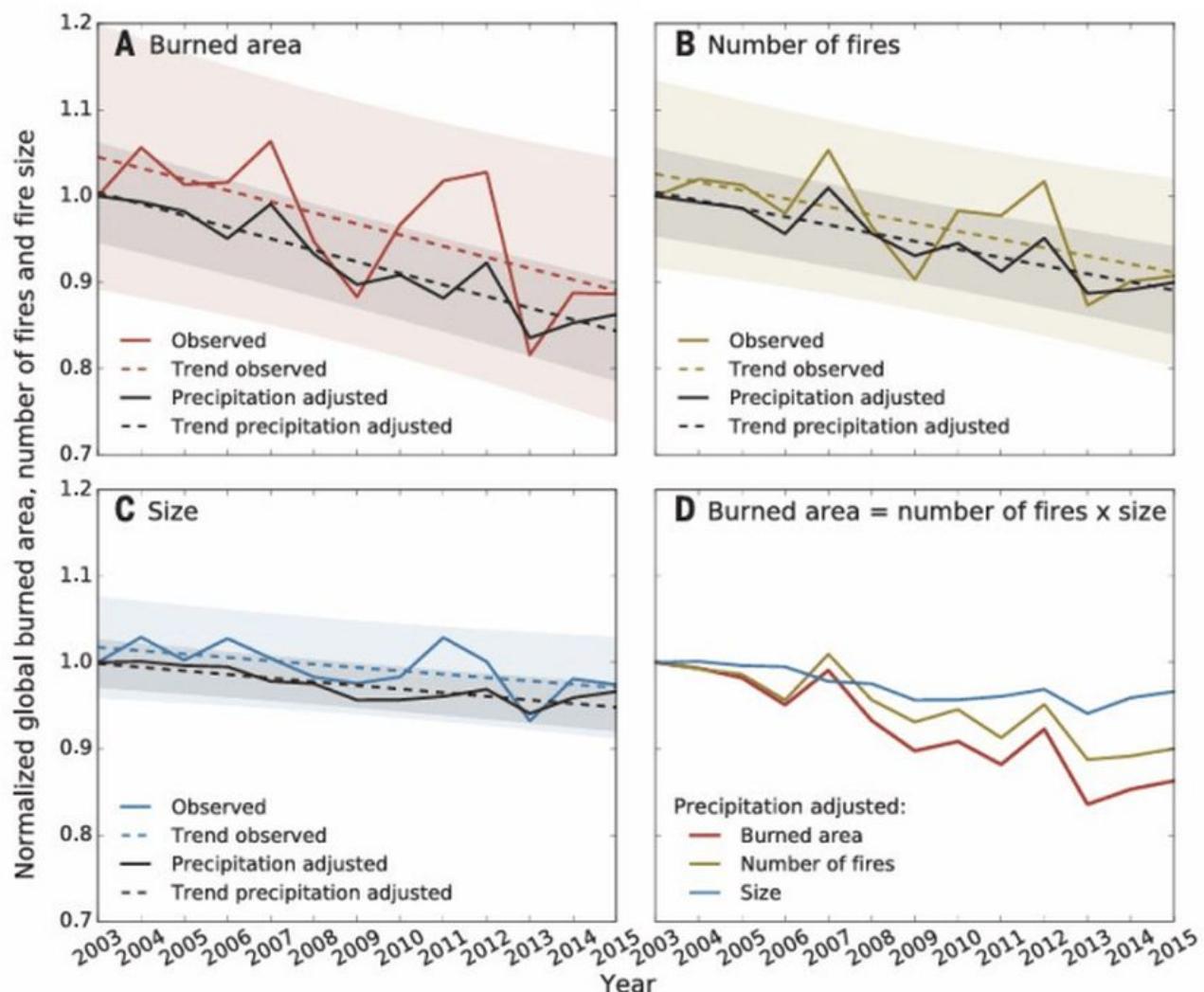
By [Laura Paddison](#), [Luke Snyder](#)

Aber 1) Spanien, wo derzeit die meisten Brände in Europa auftreten, befindet sich erst in einer „Vor-Notfallphase“, 2) die Brandfläche war vor einem Jahr auf einem historischen Tiefstand (unberichtet) und 3) Waldbrände in Europa sind laut offiziellen Daten tatsächlich rückläufig:

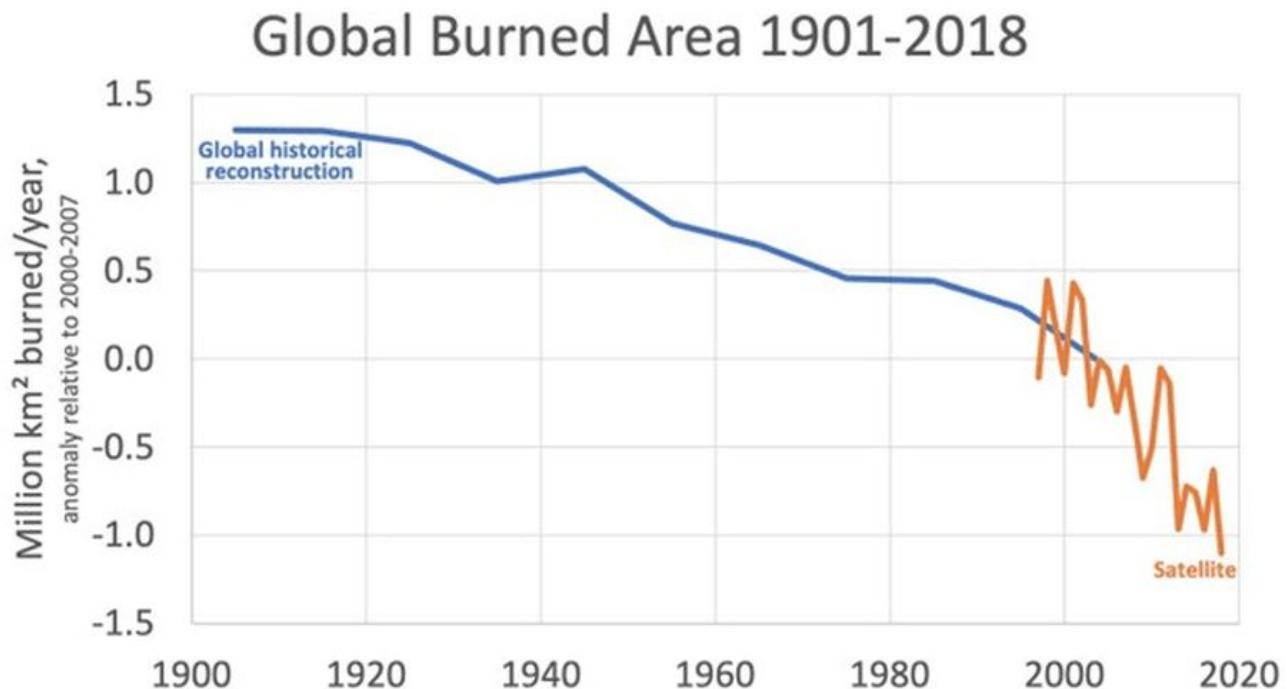
Figure 1. Burnt area in European countries (based on EFFIS data)



Auch weltweit sind sie rückläufig (MODIS-Satellitendaten bis 2003):



Wir haben Daten, die viel weiter zurückreichen, und alle zeigen den gleichen Trend:



1901-2007 from <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1002/2013JG002532>, 1997-2016 from <http://globalfiredata.org/analysis.html>, and 2017-18 from <https://gwis.jrc.ec.europa.eu/static/gwis.statistics.portal/countries-estimates/NA>. While estimates of global burned area attempt to be internally consistent, they differ in scope, hence data here shown as difference from 2000-7. Model estimate for that period is 3.63Mkm², satellite estimate for period is 4.88Mkm². twitter.com/bjornlomborg

Kurz zurück zum Wetter: Selbst The Guardian und die BBC werden Schwierigkeiten haben, von der kontinentweiten Abkühlung abzulenken, die um den 17. August herum beginnen und am 22. August ihren Höhepunkt erreichen soll und die von Spanien bis Russland zu weit verbreiteten unterdurchschnittlichen Temperaturen führen wird.

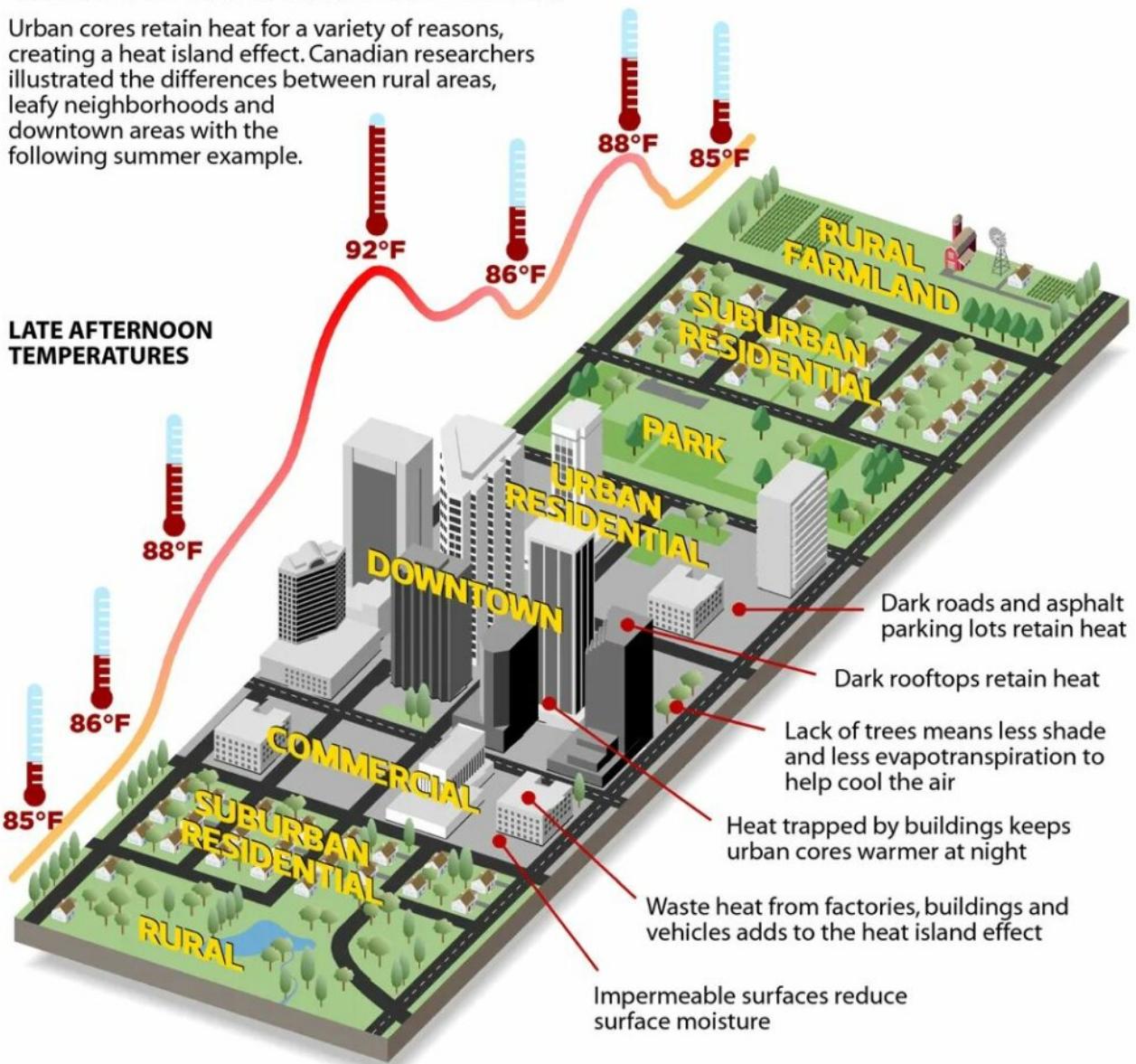
...

Verzerrungen durch Wärmeinseln

Der städtische Wärmeinseleffekt ist unbestritten – selbst der dümmste Klimawissenschaftler stimmt zu, dass Städte wärmer sind als ihre ländliche Umgebung. Alarmisten bestehen jedoch darauf, dass es sich um ein gelöstes Problem handelt, das nachträglich durch Klimamodelle „behoben“ wurde. Das sehe ich ganz anders.

Urban Heat Island Effect

Urban cores retain heat for a variety of reasons, creating a heat island effect. Canadian researchers illustrated the differences between rural areas, leafy neighborhoods and downtown areas with the following summer example.



SOURCE: D.S. Lemmen and F.J. Warren, Climate Change Impacts and Adaptation

PAUL HORN / InsideClimate News

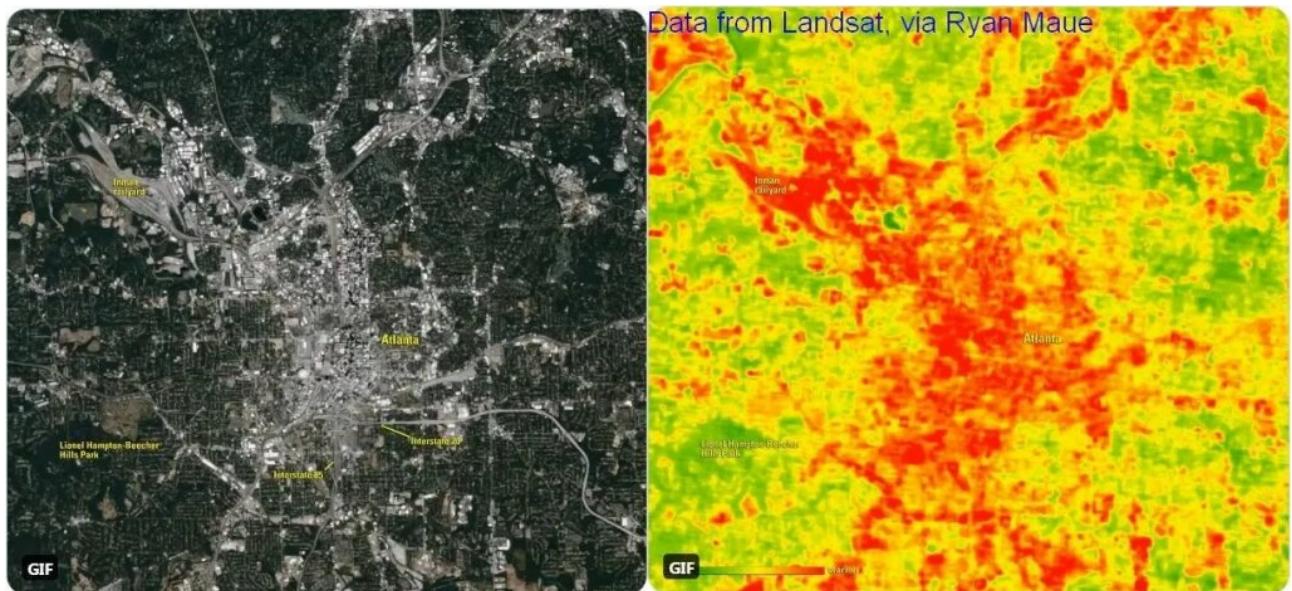
Zunächst einmal ist das GHCN der NOAA – der zentrale Datensatz für die NASA, HadCRUT und andere offizielle Datensätze – zunehmend urbaner geworden.

In den 1920er Jahren befanden sich etwa 20 % der Stationen an Flughäfen. Ende der 1970er Jahre verschob sich das Verhältnis durch Kürzungen im US-Netzwerk, sodass etwa ein Drittel der US-Standorte auf Start- und Landebahnen verblieb. Bis 2009 machten Flughäfen 49 % der GHCN-Stationen weltweit aus (46 % NH, 59 % SH).

Auch städtische Standorte – Kleinstädte und Großstädte – sind überrepräsentiert.

Berkeley Earth stellte fest, dass 27 % der GHCN-M-Stationen in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern liegen, obwohl städtische Flächen weniger als 1 % der Erdoberfläche ausmachen.

Städte sind regelmäßig weitaus wärmer als die umliegenden ländlichen Gebiete, mit Extremwerten von +8 bis +10 °C.



Atlantas städtische Wärmeinsel: Satellitenbild (links) vs. Wärmebild (rechts) – Beton, Asphalt und Dächer treiben die lokalen Temperaturen weit über die der umliegenden ländlichen Gebiete.

Flughäfen mit ihren riesigen Flächen aus Wärme absorbierendem Asphalt und den ständigen Triebwerksabgasen gehören zu den wärmsten Mikroklimata überhaupt. Es gibt zwar Anpassungen, aber diese sind dürftig und basieren auf dem gleichen voreingenommenen Netzwerk.

Fast die Hälfte aller GHCN-Stationen befinden sich auf Start- und Landebahnen, und mehr als ein Viertel in Städten (Kategorien, die sich überschneiden können).

Im Basiszeitraum 1961–1990, der für die Berechnung der globalen Temperatur herangezogen wurde, erfüllten etwa 27 % der Standorte die Kriterien für ländliche Gebiete. Viele Stationen aus der Basisperiode, sowohl „ländliche“ als auch städtische, haben seitdem ein Wachstum der Städte, eine Erweiterung der Flughäfen und/oder eine Ausbreitung der Vororte erlebt. Dennoch bleibt die Klassifizierung oft unverändert, was bedeutet, dass Stationen, die 1961 beispielsweise ländlich waren, im Jahr 2025 möglicherweise von Asphalt umgeben sind.

Es ist ein komplettes Durcheinander. Aber dem Klimafile gefällt es so. Es ist schwierig, den Einfluss des UHI auf den globalen Temperaturtrend zu quantifizieren. Wir wissen, dass er existiert und wahrscheinlich signifikant ist, aber es gibt keinerlei Interesse (Finanzierung) daran, die erforderlichen objektiven Studien durchzuführen.

Link:

<https://electroverse.substack.com/p/frost-in-germany-mountains-as-europe>

?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Zusammengestellt und übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Dümmste politische Panikmache der Links-grünen ist ein Selbstläufer für die Konservativen in Europa

geschrieben von Andreas Demmig | 19. August 2025

Meinungskommentar, Natalie Sandoval, DCNF Patriots-Autorin, 12. August 2025

Trotz aller Eintönigkeit der amerikanischen politischen Debatten müssen wir die Klimaanlagen hier in USA nicht verteidigen. Anders verhält es sich in Frankreich, wo „die Klimaanlage Teil des politischen Tauziehens geworden ist“, schreibt die New York Times (NYT) [Bezahlsperre].

Der nächste Heizungs-Schlag

geschrieben von Admin | 19. August 2025

Wer glaubte oder hoffte, mit Habecks Abgang sei der Spuk des „Heizungsgesetzes“ vergangen, hat sich gründlich getäuscht. Jetzt ist der nächste Irrsinn in Arbeit, die „Dekarbonisierung der Fernwärme“.

von Dr. Klaus-Dieter Humpich

Was für den Marxisten die „Klassenfrage“, ist für die CDU/CSU – und alle anderen Anhänger von *UnsereDemokratie* – der „menschengemachte Klimawandel“. Beides Irrlehren, die lediglich dem eigenen Machterhalt dienen. Schien nun der „Grüne Wasserstoff“ gerade als unverkäuflich, ist der nächste Irrsinn in Arbeit, die „Dekarbonisierung der Fernwärme“.

Fernwärme – der Transport von einer Zentrale zu den Wohnhäusern – ist beileibe kein neuer Gedanke. Es begann in den USA schon am Ende des 19. Jahrhunderts. Damals war der Transport der Kohle (Heizöl und Erdgas gab es noch nicht) und Asche das unmittelbare Problem. In Chicago hatte man sogar eine eigene U-Bahn für diesen Zeck unterhalten. Der Transport von

heißem Wasser bzw. Dampf war die weitaus elegantere Lösung. Außerdem führte die kontrollierte Verbrennung in einer zentralen Kesselanlage gegenüber zahlreichen einzelnen Feuerstätten zu einer erhebliche Verbesserung der Luftqualität.

In den 1920er Jahren ging man in Berlin, Hamburg, München usw. noch einen Schritt weiter: Da auch der Stromverbrauch in den wachsenden Städten zunahm, baute man Kraftwerke in deren Nähe. Dort wurde die Abwärme der Stromerzeugung in das örtliche Fernwärmennetz eingespeist. Damit war das non plus ultra der „Energieerzeugung“ erreicht. Durch ständige Nachrüstung der Kraftwerke mit Abgasreinigungsanlagen waren bald die Abgase sauberer als die angesaugte Stadtluft. Kohle war ein heimischer Rohstoff und ließ sich für Monate bevorraten.

Für kleinere Städte kamen BHKW (Blockheizkraftwerke) auf der Basis von Motoren oder Gasturbinen infrage. Allerdings erfordern diese Heizöl oder Erdgas als Brennstoff. Üblich ist auch das Einsammeln von Abwärme aus der Müllverbrennung und manchen industriellen Prozessen (Chemie, Stahl etc.). Ausschlaggebend für die notwenigen Investitionen und die Technik ist die Vorlaufttemperatur im Netz. Einerseits kann man um so mehr Wärmequellen mitnehmen, desto geringer die Temperatur ist, andererseits werden die notwendigen Rohre dicker und die Investitionen steigen.

Als sinnvoll haben sich maximale Temperaturen (am kältesten Tag) von 110°C bei reiner Heizung und 150°C für eine eventuelle Kälteerzeugung (Klimaanlagen) seit Jahrzehnten bewährt. Niedrigere Temperaturen werden zwar immer wieder vorgeschlagen, sind aber weder wirtschaftlich noch praktikabel. Geradezu albern ist die Abwärmenutzung von Rechenzentren. Die Computer fordern möglichst geringe Temperaturen zur Leistungssteigerung. Solch geringe Temperaturen könnte man höchstens in einem angrenzenden Neubau (Fußboden- und Wandheizung) verwenden.

Ein weiterer technischer Zombie ist die Erdwärmennutzung in Deutschland – immer wieder neu verkauft, aber auch immer wieder stillgelegt. Ebenso die geliebte „Großwärmepumpe“. Damit sie nicht zur rein elektrischen Heizung degeneriert, braucht sie eine Wärmequelle mit möglichst hoher Temperatur im Winter (Meer, Fluss, See) und möglichst milde Winter (geringe Vorlauftemperaturen).

Der nächste Weg in den Ruin

Wenn man die Studie zur Preisregulierung von Fernwärme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie liest, kann einem nur angst und bange werden. Sie beginnt mit dem Glaubensbekenntnis „Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden.“ Warum und wieso bis 2045, wird nicht erklärt. Aber es wird messerscharf gefolgert: „Bis 2045 soll sich demnach die Zahl der Fernwärmemanschlüsse in Deutschland in etwa verdreifachen. Das geht mit enorm hohen Investitionen einher.“ Eigentlich ist damit schon alles gesagt. Ein Wachstum um 300 Prozent in nur zwanzig Jahren bei einer

ausgereiften Technik ist mehr als unwahrscheinlich – auf jeden Fall aber unwirtschaftlich, sonst wäre es schon lange geschehen.

Allerdings gibt es einen entscheidenden Unterschied zu den Träumen vom „grünem Stahl“: Die Stahlindustrie kann abwandern, wir nicht. Hier findet ganz unverschämt ein Angriff auf unsere Portemonnaies statt. Wer nicht zahlen kann, wird zwangsgeräumt! So ist das halt im schönsten Deutschland aller Zeiten.

„Insbesondere der Ausbau der Fernwärmenetze sollte deshalb weiterhin durch öffentliche Mittel unterstützt werden, da die Abschreibungs- und Nutzungszeiträume den Finanzierungszeitraum bei Weitem überschreiten. Würden sämtliche Investitionskosten vollständig an die jeweiligen Netzkundinnen und -kunden weitergegeben, würde das die Bezahlbarkeit der Wärmeversorgung für einen wesentlichen Teil der Haushalts- und Gewerbekunden stark gefährden.“

Wie weit sich diese Regierung schon von der Marktwirtschaft entfernt hat, hätte man uns nicht deutlicher mitteilen können. „Öffentliche Mittel“ müssten auch vorher durch Enteignung von uns allen eingetrieben werden. Auch im 3. Sozialismus hintereinander wird mit Sicherheit kein Geld auf Bäumen wachsen. Typen wie Klingbeil haben auf alles die immer gleiche Antwort: „Aufgrund der absehbar hohen notwendigen Investitionen sind neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Fernwärmevertransformation zu prüfen, um sozialverträgliche Fernwärmepreise zu ermöglichen.“ Noch mehr Staatsverschuldung, damit die Party (kurzfristig) weiterlaufen kann? Leute, diesmal gibt es kein Beitrittsgebiet. Diesmal wird die Suppe allein ausgelöffelt.

In Deutschland werden derzeit mehr als zwei Drittel der Fernwärme aus Kohle und Erdgas erzeugt. Weniger als 30 Prozent aus Biomasse und Abwärme. Wie leichtfertig in *UnsereDemokratie* Gesetze zusammengeschustert werden, zeigt der §29 des Wärmeplanungsgesetzes, in dem ein Anteil von „mindestens 30 Prozent aus erneuerbaren Energien, unvermeidbarer Abwärme oder einer Kombination“ bis zum 1. Januar 2030 bzw. mindestens 80 Prozent bis 2040 vorgeschrieben wird. Wo sollen denn in so kurzer Zeit die Biomasse, die Flüsse etc. bereitgestellt werden? Gar nicht von den nötigen Kesseln und Wärmepumpen zu reden. Ganz nebenbei wäre das auch das Ende der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland.

Wie viel Ideologie und Wunschenken vorausgesetzt werden muss, steht im Klimaschutzgesetz. Danach muss die Jahresemissionsmenge von 118 Millionen Tonnen CO2 im Jahr 2020 auf 70 Millionen Tonnen 2030 bei den Gebäuden gesenkt werden. Wir erschaffen uns also in den nächsten fünf Jahren völlig neue Städte, um das Ziel einer Absenkung auf 59 Prozent zu erreichen. Gleichzeitig wollen sie auch noch 400.000 Wohnungen pro Jahr zusätzlich bauen. Respekt, solche Fünf-Jahres-Pläne hätte sich nicht einmal Erich Honecker getraut.

Der Finanzbedarf

Die Studie geht davon aus, dass bis 2045 die Zahl der angeschlossenen Wohngebäude um 177 Prozent von 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen ansteigt. Dadurch soll die Wärmenachfrage (nur) um 51 Prozent zunehmen, denn vorher werden ja alle Gebäude saniert. Wunschdenken auch hier. Der Investitionsbedarf wird hierfür mit 43,5 Milliarden Euro bis 2030 und weiteren 74 Milliarden Euro bis 2045 abgeschätzt. 60 Prozent der Investitionen sollen dabei auf das Rohrnetz und 40 Prozent auf „klimafreundliche Erzeugungsanlagen“ entfallen. Hinzu kommen natürlich noch die Modernisierungskosten für die Mieter. Absehbar würden die Nebenkosten die eigentliche Miete drastisch übersteigen. Werden wir also ein Volk von Obdachlosen?

Wie immer erschallt der Ruf nach Subventionen. Diesmal gleich in vier Modulen:

1. Transformationspläne und Machbarkeitsstudien,
2. Systemische Förderung für Neubau und Bestandsnetze,
3. Einzelmaßnahmen und
4. Betriebskostenförderung

Für all das sollen knapp 3 Milliarden Euro im Haushalt 2026 zur Verfügung gestellt werden.

Wie es die Anderen machen

Kein Fernwärmennetz kann ad hoc ausgebaut werden. In unseren Städten sind die Straßen bereits voll mit Leitungen. Jede zusätzliche Leitung erfordert umfangreiche Planung, Abstimmung mit anderen Versorgern und Umverlegungen. Allein die Kosten für den Straßenbau sind nur vertretbar, wenn ohnehin eine Sanierung ansteht. Private Unternehmen haben deshalb immer einen stetigen Ausbau ihrer Netze vorgenommen. Jede Investition muss sich rechnen. Kommunale Betriebe setzen meist auf eine Mischkalkulation. Geht die Kalkulation nicht auf, muss halt der Steuerzahler ran. Oft auch in der Form erhöhter Abgaben (z.B. Parkgebühren, Müllabfuhr usw.).

Interessant ist auch ein Blick ins Ausland. Dort ist man oft viel weiter, weil man mit dem Ausbau spätestens nach der Ölkrise 1976 angefangen hat. Meistens hat man auch nicht nur auf Erdgas als Energieträger gesetzt. Gerade in „den fünf neuen Ländern“ hat man mit großem Aufwand flächendeckend ein Gasnetz neu aufgebaut, welches man nun wieder abreißen will. In den Ländern, in denen man konsequent bei Kohle geblieben ist, hat man jetzt einen gewissen Vorteil. Man geht die Umstellung (direkt) auf Kernenergie an. So sind z.B. in den skandinavischen Ländern kleine Heizreaktoren in Vorbereitung. Sie verbinden ideal Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Kosten miteinander.

Dr. Klaus-Dieter Humpich studierte Maschinenbau und Energie- und Verfahrenstechnik mit Schwerpunkt Kerntechnik, bevor er zehn Jahre am Institut für Kerntechnik in der Technischen Universität Berlin arbeitete. Seit 20 Jahren ist er freiberuflich im Bereich Energietechnik tätig. Dieser Beitrag erschien zuerst auf seinem Blog.